

# Macht Mobilfunk krank?

Technikwunder oder Quälgeist. Was Handys für uns im Alltag wirklich sind - die Menschen sind sich nicht einig. Aber wegzudenken sind die mobilen Telefone heute nicht mehr. Immer wieder taucht allerdings die Frage auf, ob die kleinen Geräte und die empfangenen und gesendeten Funkwellen schädlich sein könnten. Mit dem Thema befasste sich unlängst das Umweltforum der CDU Berlin. Der Mobilfunkexperte der CDU-Fraktion, Ralf Reppert, fasst die Diskussion wie folgt zusammen: „Die Anfänge des Mobilfunks reicht bis in die 20-Jahre zurück. Seit Anfang der neunziger Jahre ist es zu einem Massengeschäft geworden. Mittlerweile gibt es mehr als 55 Millionen Handynutzer in Deutschland. Und damit mehr als Festnetzanschlüsse. Alles ist längst eine Selbstverständlichkeit. Weltweit ist ein gut funktionierendes Mobilfunknetz ein wichtiger Standortfaktor.“

Reppert weist darauf hin, dass mit dem Inkrafttreten der 26. Bundes-Immissions-Schutzverordnung im Jahre 1997, Deutschland als erstes EU-Land, Grenzwerte mit Vorgesorgecharakter zum Schutz vor ge-

sundheitlichen Gefahren rechtsverbindlich festgeschrieben habe. Neue Technologien verursachen, so Reppert, immer auch Veränderungen, auf die mit Sorgen und Ängsten reagiert würde.



„Welche Antwort hat die Wissenschaft und Forschung, welche Antwort gibt uns die Medizin?“, fragt der CDU-Experte. Die regelmäßig von der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post durchgeführten bundes-

weiten Messungen an ca. 3.600 Plätze haben ergeben, dass an keinem die Grenzwerte der Verordnung erreicht werden. In Einzelfällen wurde durch den Einfluss eines Rundfunk-, Fernsehenders oder einer Radarstation in der Nachbarschaft des Messortes der halbe Grenzwert erreicht. Im Anschluss an die F o r u m s -veranstaltung waren sich die Experten einig: Es gibt keine gesicherten Erkenntnisse, dass es bei Einhaltung dieser Grenzwerte zu gesundheitlichen Gefahren kommt. Um die Sorgen und Ängste abzubauen, fordert die CDU, die Öffentlichkeit über den aktuellen

Stand der Wissenschaften anfänglich zu informieren. Darüber hinaus sind die weiteren Forschungen zu intensivieren und eine Kennzeichnungspflicht, etwa für besonders strahlungsarme Handys, durchzusetzen.

## Anno dazumal

**Vor 200 Jahren** kaufen die Vereinigten Staaten Frankreich, das für die Finanzierung der Eroberungsfeldzüge Napoleons Geld benötigt, für 60 Millionen Franc das Territorium Louisiana ab (30.04.1803).

**Vor 150 Jahren** verkündet die preußische Regierung ein Arbeitsverbot für Kinder unter zehn Jahren. (16.05.1853).

**Vor 130 Jahren** bilden die Maigesetze der Regierung Otto von Bismarcks den Höhepunkt im Kulturkampf zwischen dem preußischen Staat und dem politischen Katholizismus (11.05.1873).

**Vor 80 Jahren** wird zwischen Berlin und London eine direkte Flugverbindung eingerichtet (bis dahin wurde in Amsterdam umgestiegen); 03.05.1923).

**Vor 70 Jahren** wird der US-Soulsänger James Brown geboren (03.05.1933).

**Vor 70 Jahren** werden in Berlin auf dem Opernplatz 20.000 Bücher „undeutschen Geistes“ durch die NSDAP vernichtet; ähnliche Aktionen finden in fast allen deutschen Universitätsstädten statt (10.05.1933).

**Vor 50 Jahren** wird die Stadt Chemnitz in Sachsen in „Karl-Marx-Stadt“ umbenannt (10.05.1953).

**Vor 30 Jahren** billigt der Bundestag den Grundlagenvertrag mit der DDR und den UNO-Beitritt der Bundesrepublik (11.05.1973).

**Vor 25 Jahren** melden Italiens Rote Brigaden die „Vollstreckung des Todesurteils“ an dem entführten christdemokratischen Parteichef Aldo Moro; die Leiche wird zwei Tage gefunden (05.05.2003).

**Vor 25 Jahren** bezwingen der Südtiroler Reinhold Meßner und der Österreicher Peter Habeler als erste ohne Sauerstoffmasken den 8.848 m hohen Mount Everest (08.05.1978).

**Vor 20 Jahren** teilt das Bundesinnenministerium mit, dass die angeblichen Hitler-Tagebücher gefälscht sind (06.05.2003).

**Vor 5 Jahren** wird als erster Aufsteiger der Bundesligageschichte der 1. FC Kaiserslautern Deutscher Meister (02.05.1998).

**Vor 5 Jahren** geben die Autobauer Daimler-Benz und Chrysler ihre Fusion bekannt (07.05.1998).

## Berliner Zeitung & Tagesspiegel - Medienmacht und SPD

Mit Presse- und Medienorganen kann man Geld verdienen. Und Meinung machen. Das weiß nicht zuletzt die SPD. Der Wert ihrer Anteile an Medienunternehmen wird insgesamt auf über 350 Millionen Euro geschätzt. Nach erheblichen öffentlichen Druck sind die Beteiligungen seit kurzem zumin-

dest ansatzweise bekannt geworden. Weniger gut im Geld verdienen zeigen sich zur Zeit die Berliner Zeitung und der Tagesspiegel. Deshalb schickt sich nun die Verlagsgruppe Holtzbrinck beide Zeitungen zu vereinen. Womit über 60 Prozent aller in Berlin verkauften Tageszeitungen aus einem

Hause kämen. Eines, das der Regierung politisch eher nah als fern steht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Nooke, hat dies als „einen Schritt in die publizistische Staatswirtschaft“, als „Berlusconi von links“ bezeichnet. Gegen die Fusion kämpfen auch die Mitbewerber, wie Ber-

liner Morgenpost oder taz. Das Kartellamt, das der Bundeskanzler schon einmal wegen angeblicher Benzinpreis-Absprachen anrufen wollte, hat diese Fusion nun verboten. Nach deutschem Recht kann aber der zuständige Minister, in diesem Fall Wolfgang Clement, sich darüber hinwegsetzen und die Vereinigung

genehmigen. Dass er dies Tun wird, ist nicht unwahrscheinlich. Bei der Unterzeichnung des rot-grünen Koalitionspapiers hat der Kanzler von einer neuen Ära gesprochen. Ob er auch Wirtschafts- und gar Monopole gemeint hat? Bis zum 13. Mai muss eine Entscheidung gefallen sein. (dr)

### IM VORFELD DES SPD-LANDESPARTEITAGES

# Berliner SPD reformunfähig

„Der Regierungswille und die Regierungsfähigkeit klaffen bei der Berliner SPD zunehmend auseinander“; so der Sprecher der CDU-Fraktion für die Reform der öffentlichen Verwaltung, Matthias Wambach. Die Sozialdemokraten seien offenbar nicht in der Lage, die überfällige Staatsaufgabenkritik gegen Widerstände aus den eigenen Reihen umzusetzen. Matthias Wambach: „In der

SPD herrscht das Diktat der Reformunwilligen. Das zeichnete sich schon ab, als im Parlament sämtliche Anträge der CDU zur Umsetzung von Vorschlägen der Scholz-Kommission mit rot-roter Mehrheit abgelehnt wurden. Das Duo Wowereit und Strieder ist nicht in Lage, die dringend nötigen Strukturveränderungen in der Stadt durchzuführen.“ Die Oppositionsparteien

müssten jetzt gemeinsam den Druck auf die Regierungskoalition erhöhen, um ein Scheitern Berlins zu verhindern. Die Stadt werde ohne eine konsequente Strukturreform in allen Bereichen schlicht erdrosselt, so Wambach.



### IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
Berliner Presse- und Informationsdienste  
Verlags- und Verlagsgesellschaft mbH (bpl),  
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin  
Telefon: 030/20 64 16 0  
Telefax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR  
Matthias Wambach

REDAKTION  
Marco Hardt, Gerhard Jäger, Dirk Reitze,

ANZEIGEN  
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG  
Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 ·  
BLZ 100 700 00

DRUCK  
Union Druckerei Berlin GmbH  
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.